

Newsletter Juni 2023

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

das Heizungsgesetz (GEG) war wohl „der Tropfen zu viel“. So erklärte sich Bundesminister Habeck vergangenen Sonntag bei Anne Will den fehlenden Rückhalt der Bevölkerung für sein Projekt. Viele haben sich gegängelt gefühlt und konnten die Vorschläge zur Heizwende nicht richtig einordnen. Leider war die Kommunikation des Bundesministeriums nicht besonders glücklich und sicher haben auch so manche Berichterstattung, der Streit in der Ampel, die Coronanachwehen und das Energiespargebot im vergangenen Winter zu der abwehrenden Haltung beigetragen.

Dabei ist es dringend nötig, den Klimaschutz voranzutreiben. Wenn wir weiter gut und sicher in Deutschland leben wollen, müssen wir bis 2045 klimaneutral werden. Effektive Maßnahmen im Gebäudesektor, der besonders viele fossile Brennstoffe verbraucht, sind ein entscheidender Faktor dafür.

Die nun geplanten Änderungen am Heizungsgesetz sehen vor, den Zeitplan für den Einbau von klimafreundlichen Heizungen zu lockern, mehr Optionen fürs Heizen zu ermöglichen und soziale Aspekte noch besser zu berücksichtigen. Zentrales Steuerungselement soll nun die kommunale Wärmeplanung werden, die bis 2028 deutschlandweit stehen soll. Dadurch haben mehr Haushalte die Chance, sich zum Beispiel an klimafreundliche Fernwärme anschließen zu lassen.

Die Wärmewende ist nicht nur gut fürs Klima, sie bringt langfristig auch was für den Geldbeutel. Fossile Brennstoffe werden durch die auf EU-Ebene beschlossene CO₂-Bepreisung absehbar immer teurer. Darum lohnt es sich auch für Privathaushalte, umzusteigen. Außerdem machen uns erneuerbare Energien unabhängiger von anderen Staaten und erhöhen damit die Versorgungssicherheit. Auch die Wirtschaft wird von einem Umstieg auf klimafreundliche Energie profitieren: Deutschland kann zum Standort für neue Technologien werden, grüne Wirtschaftszweige werden attraktiv, da geht es auch um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Kommen Sie mit mir ins Gespräch! Am Dienstag, den 27. Juni, biete ich von 15-17 Uhr eine Sprechstunde zur Wärmewende an. Anmeldung über mein Bürgerbüro.

Heizen mit erneuerbaren Energien ist die Zukunft – da sollten wir uns alle einig sein. Diese Zukunft beginnt jetzt.

Ihre/Eure



Fach- und Arbeitskräfte für die Zukunft



Wir brauchen viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir den Wohlstand für alle sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Doch der Fach- und Arbeitskräftemangel zeigt sich bereits in vielen Branchen, z.B. in der Elektrotechnik, der Touristik oder in der Pflege. Die Zahl der offenen Stellen ist auf einem Höchststand. Auch Ausbildungsstellen können oft nicht besetzt werden.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, brauchen wir beides: Mobilisierung der inländischen Potenziale und Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland. Genau das regeln wir nun mit zwei Gesetzen: dem Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Ausbildungsgarantie & Weiterbildungsförderung

Mit der Ausbildungsgarantie führen wir einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz ein. Maßnahmen, wie die Förderung von Berufsorientierungspraktika und die Erleichterung der Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen, kommen vor allem benachteiligten Jugendlichen zugute.

Mit der zunehmenden Digitalisierung und dem Klimawandel wird sich die Arbeit nachhaltig verändern. Einige Berufsbilder werden wegfallen, neue entstehen. Es ist wichtig, dass wir beim Wandel des Arbeitsmarktes alle mitnehmen. Deswegen stärken wir die Weiterbildung von Beschäftigten. Wir führen feste Förderhöhen ein und öffnen die Weiterbildungsförderung für alle Betriebe. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen wird die Förderung verbessert. Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vom Strukturwandel betroffen ist, unterstützen wir mit einer Qualifizierung dabei, als

Fachkräfte im Unternehmen zu bleiben und dort neue Aufgaben zu übernehmen.

Internationale Fach- und Arbeitskräfte gewinnen

Die Verbesserungen bei Aus- und Weiterbildung sind ein guter Schritt, sie reichen aber nicht aus. Wir brauchen noch mehr kluge Köpfe und helfende Hände, sonst wird es eng. Die Reform zur Fachkräfteeinwanderung basiert auf drei Säulen: gute Qualifikation, berufliche Erfahrung und Potenzial. So kann beispielsweise einwandern, wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung und eine zweijährige berufliche Qualifikation vorweisen kann und über einer bestimmten Gehaltsschwelle verdient.

Eines muss jedoch klar sein: Es kommen nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen. Eine gute Integration, zum Beispiel durch Deutschkurse und eine Einbeziehung in Nachbarschaftsprojekte, ist unabdingbar. Zudem dürfen die Menschen, die kommen, nicht anders behandelt werden, als inländische Kolleginnen und Kollegen. Es darf keine Aufweichung bei der Tarifbindung und den sozialen Standards geben.

Diese Gesetze endlich auf den Weg zu bringen, war wohl nur in dieser Regierungskonstellation möglich. Sie sind nötig, um der Realität auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Ohne die Förderung von in- und ausländischen Arbeits- und Fachkräften wären unsere Wirtschaft, unser Wohlstand und der Generationenvertrag in Gefahr. Dass wir diese Gesetze in dieser Woche beschlossen haben, ist gut so und zeigt, dass die Ampel funktioniert.

Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen



In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Lieferengpässen bei Arzneimitteln – nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Dafür gibt es tiefliegende Ursachen. So ist der Kostendruck beispielsweise bei der Versorgung mit patentfreien – sogenannten „generischen“ – Arzneimitteln immer höher geworden. Der Anreiz, Generika zu produzieren, sank und damit auch die Zahl der Hersteller. Fällt nun einer dieser wenigen Hersteller aus, entsteht schnell eine Mangelsituation. Hinzu kommt, dass schon seit langem die Produktion aus Kostengründen nach Asien verschoben wurde. Corona wie auch der Krieg in der Ukraine haben ebenso zu Lieferproblemen geführt. Lieferketten können oft nicht mehr garantiert werden. Wenn dann auch noch eine gestiegene Nachfrage wie im Herbst 2022 dazukommt, dann können Lieferengpässe – etwa bei Antibiotika oder Krebsmedikamenten – sogar lebensbedrohlich werden.

Mit dem Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungsgesetz (ALBVVG) haben wir diese Woche eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, um dem Medikamentenmangel effektiv entgegenzuwirken.

So werden unter anderem die Preisregeln für Kinderarzneimittel gelockert: Festbeträge und Rabattverträge werden für diese abgeschafft. Zudem erhöhen wir die Liefersicherheit von versorgungskritischen Arzneimitteln, indem Pharmaunternehmen ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent anheben können. Die Krankenkassen übernehmen die Mehrkosten.

Der Produktionsstandort Europa wird durch verschiedene Maßnahmen gestärkt, um die Lieferketten diverser und damit sicherer zu machen. So

werden Antibiotika und andere essenzielle Medikamente, die in der EU oder im europäischen Wirtschaftsraum produziert werden, künftig bei Ausschreibungen von Kassenverträgen zusätzlich berücksichtigt.

Auch für die Apotheken wird es deutliche Verbesserungen geben. Ist ein Arzneimittel nicht verfügbar, dürfen Apotheker:innen künftig einfacher ein wirkstoffgleiches Arzneimittel abgeben und erhalten dafür einen Zuschlag. Und wir schaffen die ungerechtfertigte Retaxation für die Apotheker:innen ab: Bisher haben Krankenkassen die Bezahlung eines Arzneimittels, das von einer Apotheke an einen gesetzlich versicherten Patienten abgegeben wurde, verweigert, wenn das Rezept vom Arzt fehlerhaft ausgestellt wurde und sie das nicht bemerkt haben. Die Apotheken sind bislang schuldlos auf diesen Kosten sitzengeblieben. Durch klare Regelungen schaffen wir diese Ungerechtigkeit nun ab.

Zukünftig müssen sowohl Großhandel als auch Apotheken wichtige Medikamente stärker bevorzugen. Und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) wird ein Frühwarnsystem installieren, um drohende Lieferengpässe früher zu erkennen.

Berlin direkt

Fachkrankenschwester Pascal Hunger berichtet von seiner Hospitation

Ich bin Pascal Hunger und arbeite als Fachkrankenschwester an einem der großen Krankenhäuser in Berlin. Seit meinem Examen, das ich 2007 am Universitätsklinikum Halle/Saale abgelegt habe, arbeite ich in der Notaufnahme, einem der zentralen Anlaufpunkte vieler Patient*innen in unserem Gesundheitssystem. Ich habe mich über die Jahre weitergebildet und bin inzwischen Praxisanleiter und habe die Fachweiterbildung zur Notfallpflege erfolgreich abgeschlossen. Das war damals der erste Kurs, der staatlich anerkannt wurde. Die Gesetzgebung hatte es möglich gemacht. Inzwischen studiere ich berufsbegleitend im sechsten Semester Gesundheitspädagogik.

Ich interessiere mich sehr dafür, wie die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden können und wie man bessere Aufstiegschancen ermöglichen kann. Auch die Verbesserung der Versorgung unserer Patient*innen im interprofessionellen Team auf Augenhöhe ist mir ein großes Anliegen. Dass wir im Gesundheitswesen dort öfter auf Probleme stoßen, ist weithin bekannt. Gerne würde ich mit meinem Studium und der Expertise, die ich habe, aktiv an Lösungen mitzuarbeiten.

Jetzt bot sich mir die Möglichkeit, die „andere Seite“ – sprich, die Seite der Politik – kennenzulernen und das bei einer Abgeordneten, die sich seit Jahren sehr für die Pflege einsetzt. Anfang Juni durfte ich für eine Woche Heike Baehrens bei ihrer Tätigkeit als Parlamentarierin begleiten. Ich habe in dieser Woche einen sehr spannenden Einblick in das System der Gesetzesgebung erhalten, war bei Ausschusssitzungen, Anhörungen und Gesprächen mit Fachexpert*innen dabei und habe die Arbeit in Heikes Berliner Büro gelernt.

Ich habe gesehen, wie konstruktive Gespräche und Diskussionen geführt wurden und wie respektvoll die Abgeordneten miteinander umgehen, um zu einem Konsens zu kommen.

Heike Baehrens hat mir gern und viel Rede und Antwort gestanden und mir gut erklären können, wieviel Arbeit und Zeit hinter den Gesetzen und Beschlüssen steckt. Das bekommen wir Bürger*innen sonst kaum mit. Beeindruckend fand ich ihre Geschichte, wie sie zur Bundestagabgeordneten geworden ist und wie sie trotz ihrer langen Tätigkeit in der Politik immer noch deutlich für „ihre“ Pflege einsteht. Auch dass sie sich immer wieder Zeit für Besuchergruppen nimmt, ist beachtenswert.

Danke für diese tolle Möglichkeit und für das Engagement von ihr und ihren Mitarbeiter*innen.



Unterwegs im Landkreis



Karl Müller hat wie kaum ein anderer die Süßener Kommunalpolitik geprägt. Zum 100. Geburtstag überraschten wir ihn mit einer persönlichen Video-Botschaft unserer Parteivorsitzenden Saskia Esken und einer großen SPD-Geburtstagstorte für alle Gäste.

Fachsimpeln mit Karin Woyta über die angespannte Situation der Beschäftigungshilfeträger. Träger wie die Stufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung sollten sich nicht von Projekt zu Projekt hangeln müssen. Einfach Klasse, was auf dem Waldeckhof und an den anderen Arbeitsorten geleistet wird!



Spannende Diskussion auf dem Podium zu sozialer Gerechtigkeit im Gesundheitssystem beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg. Daneben gab es viele schöne Begegnungen mit WeggefährtInnen aus Kirche, Diakonie, SPD und Wahlkreis.



**ANDREAS
STOCH
lädt ein**

Kita-Gipfel

Samstag, 08. Juli 2023 Beginn: 10:00 Uhr Landtag, Stuttgart

Wie kann man allen Kindern die gleichen Chancen ermöglichen und ihre Talente fördern?
 Was wünschen sich Familien von der frühkindlichen Förderung?
 Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit unser pädagogisches Fachpersonal die Arbeit ohne Überlastung, sondern mit Freude und Zufriedenheit ausüben kann?

Diskutieren Sie mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg Andreas Stoch, MdL, über die Zukunft der Kindertageseinrichtungen und die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung.

Wann? Samstag, den 8. Juli 2023, 10.00 - 13.30 Uhr
Wo? Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart

Anmeldung bis zum 30. Juli unter [dieser Website](#).

Termine

Samstag, 24. Juni

Klausur der Netzwerker
Hamburg

Montag, 26. Juni

Konferenz der Sprecher*innen für Gesundheit der SPD-Fraktion(en) des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften sowie der SPD-Abgeordneten im Europaparlament
Berlin

Dienstag, 27. Juni

15:00 Uhr
Bürgersprechstunde zur Wärmewende
Bürgerbüro

Mittwoch, 28. Juni

13:00 Uhr
Austausch mit der TK Baden-Württemberg

15:00 Uhr

Veranstaltung „Aktuelle Themen der Gesundheitspolitik“ bei der ASS60plus
Stuttgart

Donnerstag, 29. Juni

Bund-Länder-AG Krankenhausreform
Berlin

Freitag, 30. Juni

15:00 Uhr
Fachgespräch Pflege
18:00 Uhr
Fraktion vor Ort „Zukunft der Pflege“ mit
MdB Parsa Marvi
Karlsruhe

Sonntag, 2. Juli

11:00 Uhr
1. GSV—Traditionself VfB

Montag, 3. Juli bis Freitag, 7. Juli

Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 8. Juli

13:30 Uhr
Podiumsdiskussion „Transformation braucht Innovation—Wertschöpfung durch Forschung ermöglichen!“
Tag der offenen Tür
Boehringer Ingelheim
Biberach an der Riß

Montag, 10. Juli bis Donnerstag, 13. Juli

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis und politische Gespräche
Berlin

Freitag, 14. Juli

18:30 Uhr
SPD-Kreisdelegiertenkonferenz
Süßen

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de